

Am Atomausstieg festhalten - keine Laufzeitverlängerung und auch kein Streckbetrieb



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: KV Friedrichshain-Kreuzberg, Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel) u.a.
Beschlussdatum: 14.10.2022
Tagesordnungspunkt: ES Sichere Energieversorgung für den Winter

Antragstext

- 1 Wir fordern die Bundesregierung, insbesondere die bündnisgrüne Fraktion und
- 2 Wirtschaftsminister Robert Habeck dazu auf, am Koalitionsvertrag und somit am Atomausstieg
- 3 festzuhalten. Jegliche Änderung des Atomgesetzes bezüglich eines Weiterbetrieb von
- 4 Atomkraftwerken über den 31.12.2022 hinaus, lehnen wir ab.

- 5 Wie vereinbart, muss zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045 der Schwerpunkt der
- 6 Anstrengung der Energieversorgung auf dem Ausbau und der Nutzung der Erneuerbaren
- 7 Energien
- 8 liegen. Atomkraft darf ab Dezember 2022 weder für die Strom- oder die generelle
- 9 Energieversorgung eingesetzt werden. Denn:

- 10
 - Die Debatte um eine sogenannte Laufzeitverlängerung oder gar einen Wiedereinstieg in
 - 11 die Atomenergie ist rein politisch motiviert.

 - 12
 - Atomenergie ist teuer - pro Kilowattstunde aus einem neuen AKW zwischen drei- und
 - 13 viermal so teuer wie Energie aus Wind- oder Solaranlagen.

 - 14
 - Atomkraft ist unflexibel und damit nicht zum Betrieb gemeinsam mit Solar- und
 - 15 Windenergie geeignet und natürlich gefährlich.

 - 16
 - Der Endlagerkompromiss wird gefährdet. Wenn der schwer erreichte Kompromiss zum
 - 17 Ausstieg und der Endlagerfindung an einer entscheidenden und in der Findung heiß
 - 18 umstrittenen Stelle aufgemacht, besteht die Gefahr, dass es nicht dabei bleibt.
 - 19 Dadurch könnten die wesentlichen Ziele des Kompromisses und damit Endlagersuche, -
 - 20 findung und -errichtung mit festem Zeitplan scheitern. Das Projekt, das über Tausende
 - von Generationen wahren wird, wird aufs Spiel gesetzt.

- 21 Es geht den Befürworter*innen einer als "Streckbetrieb" getarnten Laufzeitverlängerung nicht
- 22 um die sichere oder gar die günstige Versorgung mit Energie, sondern nur ausschließlich
- 23 darum, vermeintliche "Lebenslügen der Grünen" aufzuzeigen und die Energiewende als Ganzes
- 24 in
- 25 Frage zu stellen. Der grenzenlose Zynismus der Pro-AKW-Lobby zeigt sich bereits daran, dass
- 26 ein "Streckbetrieb" mit der möglichen Unzuverlässigkeit französischer AKW begründet wird.
- 27 Dabei ist glasklar, dass sich die Strom- und Energielücke durch das Ausbleiben russischen
- 28 Gases und den möglichen weiteren Ausfall französischer AKW anders weit besser beheben lässt,
- 29 etwa durch eine Flexibilisierung von Biogasanlagen, das Ende der Drosselung der PV-
- Einspeisung, die kurzfristige Ertüchtigung von Netzen, etwa durch Batterien sowie im Zweifel

30 durch das stundenweise Abschalten großer Lasten. All das bietet ein Vielfaches an Potential
31 als der Weiterbetrieb der Atomkraft.

32 **Atomkraftwerke bieten keine Energiesicherheit**

33 AKW, z.B. in Frankreich müssen in Hitzesommern wie 2022 abgeschaltet werden, wenn Flüsse
34 zu
35 warm werden und nicht ausreichend Kühlwasser liefern können, bzw. wenn durch das
36 abgeleitete
37 Kühlwasser die Maximaltemperaturen überschritten werden. Frankreich ist diesen Sommer auf
38 Strom aus Deutschland angewiesen, weil 40 % der AKW wegen Störungen, Wartungsarbeiten
39 oder
40 mangelndem Kühlwasser nicht laufen können. Atomkraft leistet hier keinen Beitrag zur
41 Versorgungssicherheit, und ist absehbar nicht mehr mit dem Klimawandel verträglich.

39 **AKW sind unflexibel**

40 AKW können nicht flexibel hoch- und runtergefahren werden und hätten deshalb immer Vorrang
41 vor dem Strom aus Wind und Sonne. Eine Laufzeitverlängerung würde die Energiewende hin zu
42 erneuerbaren Energien blockieren. Statt auf regionale Brown-Outs mit flexiblem
43 Lastmanagement zu reagieren, soll auf Verdacht atomare Grundlast vorgehalten werden – auch
44 um den Preis Windräder und Photovoltaik in verbrauchsarmen Zeiten abzuschalten.

45 **Hohe wirtschaftliche Risiken**

46 Die Betreiber der letzten drei AKW verlangen jetzt schon, dass der Staat wirtschaftlich
47 einspringt und die Haftung für alle Risiken übernimmt. Dies würde zu einer zusätzlichen
48 Belastung des Bundeshaushalts führen, denn niemand wird diese Kraftwerke versichern. Wir
49 brauchen das Geld für die Energiewende!

50 **AKW sind unsicher!**

51 Seit drei Jahren, seit 2019, ist die gesetzlich vorgeschriebene periodische
52 Sicherheitsüberprüfung für die noch laufenden AKW eigentlich überfällig. Eine seriöse
53 Sicherheitsprüfung dauert rund zwei Jahre. Genau solche Sicherheitsüberprüfungen haben in
54 Frankreich zum Abschalten von AKW geführt. Gefahren erkennt man erst, wenn man prüft!
55 Betreiberfirmen der Atomkraftwerke haben angekündigt, ab dem ersten Januar keine Haftung
56 für
57 Unfälle übernehmen zu wollen. Eine wie auch immer geartete Laufzeitverlängerung hieße, dass
58 die Abgeordneten des Deutschen Bundestages diese Anlagen ungeprüft für sicher erklären
59 würden. Der Ersatz einer Prüfung durch die zuständige Atomaufsicht durch den Glauben des*der

60 einzelnen Abgeordneten ist kaum mit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum Schutz
61 von Leben und Gesundheit zu vereinbaren. Vor diesem Hintergrund ist eine
62 Laufzeitverlängerung der letzten drei AKW in jedem Fall zu verhindern.

62 **Steckbetrieb führt fast zwangsweise zu Laufzeitverlängerung!**

63 Für die Streckbetrieb genannte Laufzeitverlängerung, in der die Anlagen mit den
64 verbleibenden Brennelementen auskommen müssen, müsste die Stromproduktion jetzt schon
65 gesenkt werden, damit der Brennstoff länger reicht. Die zeitliche Verlängerung würde nicht

66 zu mehr Strom führen. Werden hingegen die Brennelemente im Jahr 2022 voll abgebrannt und
67 Anfang 2023 dennoch weiterverwendet, dann sinkt die Kraftwerksleistung im Frühjahr schnell
68 ab – auch dann bleibt der Zusatz- Beitrag zur Stromerzeugung sehr überschaubar. Verglichen
69 mit dem gesetzgebungstechnischen und politischen Aufwand, der dafür nötig wäre, lohnt sich
70 das in keiner Weise. Die Befürworter*innen eines Streckbetriebs liefern zudem jedes Argument
71 für eine darüberhinausgehende Laufzeitverlängerung, da die Lage im Winter 2023/24 in Bayern
72 kaum anders sein wird als in diesem. Wer mit Streckbetrieb anfängt, droht am Ende bei einer
73 Verlängerung mit neuen Brennelementen zu landen.

74 **Wir teilen die wissenschaftliche Sicht der Umweltverbände**

75 Wir teilen die Position von

- 76 • .ausgestrahlt, dass AKW weder nutzbare Wärme erzeugen noch Erdgas als Industrie-
77 Rohstoff ersetzen, sondern ihr Weiterbetrieb für CDU, CSU und FDP bloß den Ausstieg
78 vom Ausstieg einleiten soll.
- 79 • der Deutschen Umwelthilfe (DUH), dass ein Weiterbetrieb der drei verbleibenden
80 deutschen Atomkraftwerke Neckarwestheim II, Emsland und Isar 2 ein unkalkulierbares
81 und vollkommen unnötiges Sicherheitsrisiko darstellt, das keinen Beitrag zur
82 Energiesicherheit leisten würde.
- 83 • des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), dass Atomkraft eine
84 unberechenbare Hochrisiko-Technik ist und für die Energieversorgung mit einem Anteil
85 von etwa einem Prozent am Endenergieverbrauch weder kurz- noch mittelfristig eine
86 wesentliche Rolle spielt. Die letzte periodische Sicherheitsprüfung der letzten drei
87 AKW, die mindestens alle 10 Jahre erfolgen muss, fand 2009 nach den
88 Sicherheitsanforderungen aus den 1980er Jahren statt. Das Uran kommt zudem derzeit
89 auch aus Russland und Kasachstan. Das ist keine Energieunabhängigkeit.
- 90 • des Naturschutzbund Deutschland (NABU), dass nicht die Atomkraft die erhoffte
91 Importunabhängigkeit und Versorgungssicherheit gewährleistet, sondern einzig die
92 heimischen Erneuerbaren Energieträger Wind, Biomasse, Solar, Wasser und Erdwärme.

93 **Wir müssen unserer Voreiterrolle treu bleiben!**

94 Eben weil Atomkraft eine gefährliche, nicht beherrschbare Energietechnologie ist, haben wir
95 uns seit unserer Gründung für Alternativen stark gemacht. Der gesetzlich beschlossene
96 Atomausstieg und der Einstieg in die Erneuerbaren Energien gehören zusammen - haben nicht
97 nur zu einem breiten gesellschaftlichen Konsens geführt. Der Atomausstieg steht daher auch
98 für Verlässlichkeit und Investitionssicherheit in der Energiepolitik. Die deutsche
99 Energiewende mit der hier eingeleiteten Kostendegression ist verantwortlich, dass weltweit -
100 von China bis in die USA - Erneuerbare Energien boomen. Jedes Jahr gehen mehr erneuerbare
101 als fossile Kapazitäten und ein Hundertfaches als atomare
102 Kapazitäten ans Netz. Wenn nun Deutschland, das inzwischen mehr als doppelt so viel Strom
103 erneuerbar erzeugt als die Atomenergie in ihren besten Zeiten, sich durch eine
104 Laufzeitverlängerung ohne sachlichen Grund selbst bescheinigt, nur mit Atomenergie
105 Versorgungssicherheit herstellen zu können, ist dies ein gewaltiger Rückschlag für die
106 globale Energiewende.

107 **Den Atomkonsens bewahren**

108 Der Atomkonsens ist eine Errungenschaft jahrzehntelanger Bemühungen unserer Partei, die wir
109 unter keinen Umständen wieder aufgeben sollten. Das gilt gerade für den Entsorgungskonsens.
110 Die Endlagersuche für den eine Million Jahre strahlenden Atomabfall ist ungelöst. Es ist

111 eine Frage der

112 Generationengerechtigkeit, den nächsten 40000 Generationen nicht noch mehr strahlenden

113 Atommüll aufzubürden - und stattdessen konsequent auf den Ausbau von Wind- und

114 Sonnenenergie, Energieeffizienz und Energiesparen zu setzen.

115 **Energiewende umsetzen statt falsche Rezepte von gestern erneut zu probieren**

116 Bayern, wo jetzt am lautesten nach Laufzeitverlängerung gerufen wird, ist durch die

117 verfehlte Energiepolitik wie kein anderes Bundesland auf Stromimporte angewiesen. Die

118 bayerische Regierung muss endlich Energiesparmaßnahmen umsetzen. Neun der 18 Städte mit dem

119 pro Kopf höchsten Energieverbrauch liegen in Bayern. Kein Strom für die Beschneidung der

120 bayerischen Alpen ist nur ein Beispiel für das gigantische Stromsparpotenzial. Die 8% Strom

121 aus Atomkraft und die Verstromung von Erdgas werden vor allem durch Sparmaßnahmen und ein

122 bedarfsgerechtes Lastmanagement ersetzt werden müssen. Pro Kopf verbraucht Bayern übrigens

123 doppelt so viel Gas wie der Rest des Landes. Bayern muss aber vor allem sofort damit

124 aufhören, den Ausbau von Windkraft und Stromtrassen zu verhindern.

125 **Energie aus Sonne und Wind statt aus Kohle, Gas, Öl - und Atom**

126 Die Argumente gegen Atomkraft gelten weiter. Würden wir die atomare Gefahr für einige Monate

127 Streckbetrieb akzeptieren, statt mit aller Kraft Energie zu sparen und erneuerbare Energie

128 auszubauen, riskieren wir die Energiewende. Die Debatte um eine Laufzeitverlängerung auch in

129 Form eines Streckbetriebs von AKW zieht die Aufmerksamkeit und Energie weg von der einzig

130 nachhaltigen und langfristig tragfähigen Lösung für die Energiekrise: den Ausbau der

131 Erneuerbaren.